

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 4. Juni 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinhalte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

№. 63

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Neunte (außerordentliche) Generalversammlung in Würzburg (Schluß).

Standschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Nachahmendes Wertes Beispiel. — Meisterprüfung. — Die Gesundheitsverhältnisse der Buchdrucker. — Zuckerüberfluß und dennoch Zuckermangel (Berichtigung). — Zellreform der Invalidenversicherung. — Feuerung und Steuerermäßigung.

Neunte (außerordentliche) Generalversammlung in Würzburg

Vierter Tag. (30. Mai.)

Die Verhandlungen sind nunmehr wieder öffentlich. Graumann stellt fest, daß von den zum zweiten Punkte gehörigen 46 Anträgen bzw. Entschlüsse bis auf ganz wenige, die an eine andre Stelle der Tagesordnung zu setzen sind, alles seine vorläufige Erledigung gefunden hat durch Annahme der von der Tarifkommission unterbreiteten Vorlage und der sonst angenommenen Resolutionen.

Es folgt Punkt III der Tagesordnung: „Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Vorstandsbeschlüssen“. 66 Anträge, einfach geäußert, sind hierzu eingereicht.

Eißler als Referent gibt der Bewunderung Ausdruck, daß zu einer außerordentlichen Generalversammlung eine so große Anzahl futuristischer Anträge gestellt werden konnte, obwohl in einem Vorstandsprotokoll wie im „Korr.“ genügend zum Ausdruck gebracht wurde, daß nur prinzipielle Fragen in Betracht kommen. Bei früheren außerordentlichen Generalversammlungen ist der Zweck beachtet worden. Die Zeitverhältnisse sind so unklar, daß auf dem Unterstützungsgebiete Reformen jetzt nicht vorgenommen werden können. Redner erörtert alle Momente, die gegen die meisten Anträge sprechen. Wir müssen erst abwarten, wie es nach Kriegsschluß und nach Rückkehr unter Feldgrauen wird. Diesen kommenden Verhältnissen können wir nicht jetzt schon unsere Unterstützungsätze anpassen. Er vertrete keine fiskalischen Interessen, aber wenn Beschlüsse, die jetzt gefaßt werden könnten, sich nicht als durchführbar erweisen, dann würde das schlimm sein. Wir haben es schon gehabt, daß solche Beschlüsse später revidiert werden mußten, d. h. Serabfahrungen notwendig wurden. Eißler führt aus der Kriegszeit an, wie weit zunächst andre Gewerkschaften in der Unterstützung der Kriegerfamilien gegangen waren und bald darauf aufhören mußten damit. Wir haben erst Zurückhaltung beobachtet, sind dann jedoch bei dem Gebliebenen, was angefangen wurde. Die Buchdrucker haben trotz ihrer geringeren Löhne als jetzt in andern Gewerben auch die übrigen Unterstützungsleistungen beibehalten. Von den größten Druckorten ist Abstand genommen, Anträge auf dem Unterstützungsgebiete zu stellen. Die kleineren hingegen haben viele Wünsche. Anträge, wie von Eßler, sind einfach unmöglich. Für einen Ausbau der Arbeitslosenunterstützung nach dem Krieg ist der Vorstand wohl zu haben; jetzt sind Arbeitslose nicht vorhanden. Der Ausgang des Krieges muß erst abgewartet werden. Bei der Arbeitslosenunterstützung kann aber auch nach Friedensschluß nichts geändert werden. Gildenberg hat im „Korr.“ schon dargelegt, daß die gewerkschaftliche Krankenunterstützung bei den Leistungen der Ortskrankenkassen angerechnet werden kann. Redner zitiert im weiteren eine Auslassung eines Berliner Regierungsrats. Dieser hebt hervor, daß nicht nur die Kriegsteilnehmer und Kriegesbeschädigten für die Krankenkassen eine große Belastung bringen werden, sondern auch die Dabeimgeliebten infolge Verschlechterung ihrer gesundheitlichen Verhältnisse. Die Krankenkassen werden sich da stark entlasten wollen. Der Vorstand ist der Meinung, die Krankenunterstützung, wie sie gegenwärtig in der Kriegszeit gewährt wird, in Zukunft beizubehalten. Es muß in Zukunft hierbei auch die Beitragsleistung mehr berücksichtigt werden. Wir haben früher in der Krankenunterstützung mehr geleistet als für Arbeitslosigkeit. Das war falsch, ist auch geändert worden. Die Invalidenunterstützung hat in Danzig Verbesserung erfahren. 35000 Mk. sind durch die Erhöhung um 25 Pf. für die älteren Mitglieder jährlich mehr verausgabt worden. Er habe ein warmes Herz für die Invaliden angeht, die Vorlage jetzt, aber bei unsern geringen Voraussetzungen zur Invalidität ist die Belastung für den Verband sehr groß, um mehr gewähren zu können. Die Invaliden sind während

der Kriegszeit um 60 zurückgegangen. Kollegen mit Invalidität bis zu 28 Jahren arbeiten jetzt wieder. (Surs: Infolge des Hilfsdienstgesetzes!) Redner verweist auf eine der Generalversammlung vom Verbandsvorstande gegebene Übersicht über die Entwicklung speziell der Invalidenkasse. Nach dem Kriege werden viel jüngere Invaliden hinzukommen. Des ferneren weist Eißler auf die Verminderung der Rücklage beim Verbandsvermögen hin. Wir müssen also in jeder Beziehung mit steigender Belastung rechnen, mithin heißt es, für die Zukunft gewappnet sein. Auf jeden Fall muß vermieden werden, jetzt Abänderungen auf dem Unterstützungsgebiete vorzunehmen und dann zu Reduktionen gezwungen zu sein. Wenn, unter Voraussetzung der Kriegsbeendigung, im nächsten Jahr eine Tarifrevision stattfindet, dann können wir im nächsten Jahr auch auf einer ordentlichen Generalversammlung Unterstützungsreformen eintreten lassen. Dann tritt die Verbesserung der Arbeitslosenunterstützung an erste Stelle. Für die Kriegsbeschädigten wird sich ein besonderer Beitrag von 20 Pf. wünschentlich zur Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Sterbegeld empfehlen. Sterbegeld an Kriegserwitwen hat der Verbandsvorstand in Hoffding schon gewährt, ist dann jedoch dazu übergegangen, dies zwecks besserer Prüfung der persönlichen Verhältnisse den Gavourständen zu überweisen. Eißler rekapituliert den Beschluß einer früheren Gavoursteherkonferenz darüber, wonach ein Viertel des Sterbegeldes freiwillig gewährt werden kann aus den den Gavourständen für Kriegsunterstützungsweide gewährten Beiträgen, die den Betrag von 840000 Mk. aus der Verbandskasse erreicht haben. Redner macht noch darauf aufmerksam, daß man für die Kriegserwitwen, die noch vom Staat unterstutzt werden, so viel tun will, die Frauen von älterer verstorbenen Kollegen erwägen aber nichts als das einmalige Sterbegeld. Für die Familienunterstützung will der Verbandsvorstand eine weitere Rate von 3 Mk. nach dem bekannten Kopfbetrag den Gauen gewähren. Weiter ist der Vorstand bereit, den Gavourständen 2 Mk. für die Mitgliederzahl am 1. Juli 1914 als Beitrag zu ihren Verwaltungskosten zu bewilligen, von einer Erhöhung von 5 auf 8 Proz. wie beantragt, muß dagegen abgesehen werden. Zum Schluß betont Redner noch einmal, daß gegenwärtig auf dem Unterstützungsgebiete nichts geändert werden kann.

In der Generaldiskussion spricht zunächst Runzler. Frühere außerordentliche Generalversammlungen können keinen Vergleich ausfallen mit der jetzigen, die nach fünf Jahren stattfinden und unter den ganz außerordentlichen Verhältnissen des Krieges. Er ist im allgemeinen mit Eißler einverstanden, hält aber für notwendig, daß in Anbetracht der starken Entwertung des Geldes doch gewisse Erhöhungen eintreten müssen: in der Arbeitslosenunterstützung und bei den Invaliden (in anderer Staffelung). Eine Beitragserhöhung von 20 Pf. hält er dafür erforderlich.

König meint, daß unsre Mitglieder je nach dem Lebensalter andre Ansichten über die Notwendigkeiten auf dem Unterstützungsgebiete haben. Es muß aber immer wieder auseinandergehalten werden zwischen rein gewerkschaftlichen Unterstützungen und den übrigen. Die Belastung durch die Kranken werde nach dem Kriege riesenhaft sein, ähnlich liegt es bei der Invalidität. In diesen Zweigen können wir deshalb nicht mehr weitergehen. Für die kommende Arbeitslosigkeit muß aber insofern jetzt schon vorgesorgt werden, als gemäß der Entwertung des Geldes eine Erhöhung hierbei eintritt; der Beitrag muß insoweit erhöht werden. Man kann nicht warten, bis wir einmal mitten in einer großen Arbeitslosigkeit uns befinden. Die Anzugsbeihilfen müssen in diesem Zusammenhang auch eine mäßige Erhöhung erfahren. Weiter plädiert Redner noch für Erhöhung der Verwaltungskostenentschädigung von 5 auf 8 Proz.

Dähnle erklärt, die Unterstützungsanträge sind bis zu einem bestimmten Grade zu verstehen. Wir können nicht Änderungen eintreten lassen, die 1 Mk. höheren Beitrag bedingen würden. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung ist aber unvermeidbar, auch aus gewerkschaftlichen Gründen. Den Invaliden mit mehr als 2000 Beiträgen muß eine kleine Erhöhung gewährt werden. Er schlägt für später vor, die Anerkennung als Invalidität abhängig zu machen von der Anerkennung auch bei der Reichsinvalidenversicherung. Den Kriegserwitwen konnte doch wohl eine kleine Abschlagszahlung vom Sterbegeld bewilligt werden. Eine Erhöhung des Beitrags wird notwendig sein, die der Remuneration braucht nicht bis zu 8 Proz. zu gehen.

Klein betont die Unmöglichkeit der Unterstützungsanträge, weil sie von den Kriegsverhältnissen ausgehen. Die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung kann einen Umfang erreichen, daß wir mit 20 Pf. Beitragserhöhung dafür nicht einmal auskommen werden. Der Staat hat die Verpflichtung, durch die öffentliche Arbeitslosenunterstützung einzugreifen. Wir können die Organisation nicht belassen mit dem, was der Krieg hinterlassen wird. Mit der Familienunterstützung müssen wir einstweilen fortfahren, um gerade die Älteren unter den Eingezogenen nicht zu benachteiligen gegenüber denen, die früher einberufen wurden. Redner tritt noch für 8 Proz. Verwaltungskostenentschädigung ein, da die Gawe schwere Aufgaben zu erfüllen gezwungen sind durch den Krieg. In den sozialen Unterstützungen sind wir schon so weit gegangen, daß mehr absolut nicht möglich, wenn nicht der Charakter des Verbandes als Gewerkschaft darunter leiden soll.

Friederichs hält ein Hinusschieben bis nach dem Kriege, wie Eißler vorgeschlagen, nicht für gut. Die Generalversammlung sollte Grundzüge aufstellen für die örtlichen Beiträge, die häufig in einem Mißverhältnis zu den Leistungen stehen. In den kleineren Mitglieberschaften werden höhere Beiträge gezahlt als in den Großstädten. Vielleicht könnte der örtliche Beitrag nach den Lokalzuschlägen bemessen werden. Die Gauszuschüsse sollten auf die Verbandskasse übernommen werden, das wäre Vereinfachung und Verebilligung in der Verwaltung besonders. Der Gau Bayern hat in den letzten zehn Jahren ein Erschließliches über die 5 Proz. Verwaltungsausgaben hinaus gehabt; es verbleibt nur 2 Proz. für den Gau. Eigentlich müßten 10 Proz. Entschädigung gezahlt werden.

Engelbrecht meint, das Unterstützungswesen bedarf einer gründlichen Besprechung. Er will nicht für Erhöhungen eintreten, muß vielmehr sagen, daß in der Kranken- und in der Invalidenunterstützung eine Liberalität besteht, die für eine Gewerkschaft geradezu bedenklich ist. Es muß künftig mehr von der Beitragsleistung ausgegangen werden, dann kommen auch die alten Mitglieder besser weg. Eine gewisse Abfindung (nach Höhe der gezahlten Beiträge) an die Kriegsbeschädigten, die nicht mehr im Beruf tätig sein können, bezeichnet er als richtiger als die Schaffung eines besonderen Beitrags zur Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Sterbegeld. Redner kommt noch auf die Anerkennung von Kriegsbeschädigten als Vollmitglieder zu sprechen auf Grund eines markanten Falles. Mit der Klassifizierung als vom Beruf abgegangen können wir nicht so weiter fahren wie jetzt bei dem vom Verbandsvorstande gehandhabten Provisorium. Die Arbeitslosenunterstützung muß der Geldentwertung angepaßt werden. Bei den Verwaltungskosten ist zu beachten, daß die Gawe beträchtliche Aufwendungen haben, die eigentlich dem Verbandsvorstande zuzurechnen, z. B. dashalten des „Korr.“ aus Gau und örtlichen Mitteln. Engelbrecht tritt für eine spätere Regelung des „Korr.“ Bezugs auf Kosten des Verbandes mit Entschiedenheit ein. Die geforderten 8 Proz. sind heimeswegs zu hoch.

Albrecht (Köln) spricht im allgemeinen im Sinne der Eiserischen Ausführungen. Die Krankenunterstützung kann nicht erhöht werden, wenn jetzt auch mehr Aufwendungen im Krankheitsfalle sich erforderlich erweisen. Bei der Invalidenunterstützung, die eine dauernde Belastung der Organisation bedeutet, kann ebenfalls eine Erhöhung nicht stattfinden. Der Unterstützung der Arbeitslosen muß nähergetreten werden, wiewohl dem Staat in erster Linie die Verpflichtung obliegt, für die Arbeitslosen zu sorgen. Der Beitrag ist entsprechend zu erhöhen, und diese Generalversammlung sollte sie schon aussprechen. Bei den Anzugskosten müssen wir eine Änderung eintreten lassen; die Unterstützung zwischen freiwillig und gezwungen umziehen ist endlich zu befechtigen. Die Erhöhung der Rückvergütung an die Gawe ist notwendig, dann können auch die häufig noch ungenügend bezahlten Angestellten aufgebessert werden.

Schleffer erwähnt, bei der öffentlichen Arbeitslosenunterstützung in Berlin sind die Buchdrucker am schlechtesten fortkommen, da wir die höchsten Unterstützungen gewähren. Wenn wir unsre Unterstützungsätze weiter erhöhen, dann werden die Regierung und die kommunalen Behörden noch weniger für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Wir dürfen uns also nicht etwas aufbürden, was unsre Kollegen in dem öffentlichen Unterstützungsweisen schädigt, während andre Arbeiterkassen den Vorteil haben. Staat und Kommune müssen in der Übergangswirtschaft weit mehr eingreifen mit Unterstützung der Arbeitslosen. Für einen bestimmten Satz bei der Erhöhung der Rückvergütung für die Verwaltungskosten der

Gaue jetzt kann er sich nicht erklären; da müssen wir ein Provisorium schaffen und so auch ein Stück Übergangswirtschaft freiden. Dem Sterbegericht der Kriegsoberster steht er skeptisch gegenüber, weil das eine Benachteiligung der Hinterbliebenen der sonst Geforderten bedeutet.

Grahmann weist auf die große Zahl der noch vorliegenden Wortmeldungen hin sowie auf die Notwendigkeit der Einsetzung einer Kommission für die Anträge zum dritten Punkte, damit die Generalversammlung bis zum Wochenschlusse zu Ende geführt werden kann.

Steinbrück stellt fest, daß die Wirkungen der Beschlüsse der Danziger Generalversammlung noch gar nicht gewürdigt werden konnten, und daß es daher ein großer Fehler wäre, jetzt schon wieder Neuerungen auf dem Unterstützungswege einzuführen. Die jetzige Form der Entschädigung an die Gaue ist dagegen veraltet und bedarf einer besseren Anpassung an die Bedürfnisse der Zeit, da gegenwärtig die Gaue zu sehr belastet sind; alles, was steun, ist doch Verbandsarbeit, der Vorstand sollte daher in dieser Hinsicht entgegenkommender sein. Ein praktischer Ausweg wäre, die Einnahmen und Ausgaben zusammen als Grundlage für die Entschädigung an die Gaue zu wählen.

Friedler schließt sich Eilers Standpunkt an, also bis nach dem Kriege mit der Arbeitslosenunterstützung warten. Die ordentliche Generalversammlung wird aber nicht so schnell stattfinden, die vielen Arbeitslosen sind jedoch schnell da. Eine Gauvorsteherkonferenz könnte beauftragt werden, je danach, wie Staat und Kommune sich im sozialen Unterstützungswege betätigen, Änderungen und Verbesserungen vorzunehmen. Die Anzugskosten sollten einbehalten werden. Wegen der Kriegsinvaliden schließt er sich der Ansicht der Berliner an. Wir müssen für die gewerkschaftliche Agitation und Aufklärungsarbeit mehr Mittel erhalten, also auch einen höheren Satz für die Verwaltungskosten. Die Provinzgäue haben sich da noch ungenügender als die Stadtgäue. Das „Korr.“-Obligatorium spielt gewiß eine Rolle. In andern Gewerkschaften sind die Gaue usw. besser von der Zentralorganisation gestellt.

Conradi konstatiert Übereinstimmung darüber, daß jetzt schon an eine Reorganisation der Unterstützungsrichtungen herangegangen wird. Daß sie notwendig ist, hat sich gerade an den vorgebrachten gegenständlichen Gründen erwiesen. Die Hauptfrage ist, wie nach dem Kriege sich die Arbeitslosigkeit gestaltet. Die Regierungen und die Behörden werden bestimmt gezwungen werden, Postives in der Forderung der Arbeitslose zu schaffen. Die Kommission soll daher Richtlinien ausarbeiten, dem Plenum vorlegen und dann Verbandsvorstand wie Gauvorsteherkonferenz beauftragt werden, Abänderungen bei der Arbeitslosigkeit eintreten zu lassen, damit schnell gehandelt werden kann, was unbedingt zu geschehen hat. Bei der Krankenunterstützung bestehen direkte Ungerechtigkeiten, die Korrekturen müssen heraufgeholt werden. Das altmodische Rezept bei der Verwaltungskosten ist nicht mehr brauchbar.

Serwig spricht für den Magdeburger Antrag auf besondere Beihilfen an solche Mitgliebschaften, die unter größeren Schwierigkeiten eigene Verwaltungen zu führen gezwungen sind. Die Mitgliebszahl hat sich in Magdeburg durch den Krieg von 900 auf 300 erniedrigt, das Bureau muß trotzdem erhalten werden. 60 M. beträgt deshalb schon der Ortsvereinsbeitrag. Der Saalegau gewährt bereits einen Zuschuß von 700 M. im Jahre. Magdeburg kann sich im übrigen nur für Maßnahmen betriebs der Arbeitslosenunterstützung erklären.

Sprache, der überreiche Verbandskassierer als lehrer Redner — acht sind jedoch noch eingezogen — beleuchtet die dortigen Unterstützungsverhältnisse und erläutert, welche Zweige man in den ersten Kriegsjahren völlig stillen oder in den Säben verringern mußte, auch vor der Invalidenunterstützung konnte nicht halbiert werden. Inzwischen konnte aus alten Ständen zurückgeholt werden. Es ist falsch, immer auf den Generalversammlungen zu verbleiben. Die Folgen können leicht einmal unangenehm empfundene Herabsetzungen sein. Eilers vortragender Standpunkt ist nur richtig. In Österreich hat die Kriegsgeneralversammlung die Bestimmung getroffen, daß aus dem Krieg als Invaliden zurückkehrende Mitglieder keinen Anspruch auf Invalidenunterstützung haben. Treten sie in Arbeit, so müssen sie einen Revers unterzeichnen zum Verzicht auf Krankenunterstützung für Folgejahre hinaus aus der Kriegsinvalidenliste heraus. Dieser Revers erfolgt nach vor dem Kriege gezahlten 200 Wochenbeiträgen nach weiteren 150 Beitragswochen und bei älterer Mitgliebschaft schon nach 104 von neuem gezahlten Beiträgen.

Grahmann bringt die zur Wahl einer Unterstützungs-kommission gemachten Vorschläge (Schnel, Ehrhard, Friederichs, Neus, Hubhorn, Prüfer, Schellert) zur Kenntnis; sie werden angenommen.

Damit schließen die Verhandlungen des vierten Tages.

Sünfter Tag. (31. Mai.)

Vormittags-sitzung.

Kurz nach 8 Uhr morgens eröffnet Grahmann die Sitzung mit dem Vorschlag, zum vierten Punkte der Tagesordnung „Ausprache über Maßnahmen beim Übergange von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft“ überzugehen, da die Kommission für die Unterstützungsfragen mit ihren schwierigen Beratungen zu einem Abschlusse noch nicht kommen konnte. Dieser Vorschlag wird ohne Widerspruch angenommen.

Grahmann gibt hierauf einen großartigen Überblick über die wichtigsten Fragen der Übergangswirtschaft. Davon ausgehend, daß noch kein Mensch absolute Gewißheit habe, wie sich die wirtschaftliche Zukunft gestalten

werde. Es könnten daher nur Wahrscheinlichkeitsberechnungen, gestützt auf Erfahrungen der Gegenwart, aufgestellt werden. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands charakterisierte sich vor dem Kriege dadurch, daß 60 Proz. der erwerbsfähigen Bevölkerung in Industrie, Handel und Gewerbe und 40 Proz. in der Landwirtschaft beschäftigt waren. Die deutsche Einbuhr an Rohstoffen hatte einen Wert von 5261 Mill. Mk. und an Nahrungsmitteln und Genussmitteln einen solchen von 3063 Mill. Mk., halbfertige und fertige Waren nicht mitgerechnet. Die Ausfuhr hatte einen Wert von 6642 Mill. Mk. an fertigen und 1159 Mill. Mk. an halbfertigen Waren; ausgeführte Rohstoffe und Lebensmittel sind dabei nicht mitgerechnet. Eine Nachprüfung der einzelnen Einbuhrqualitäten ergibt das Bild eines fast reinen Industrielandes, der fremde Rohstoffe ein- und fertige Waren ausführt. Bezüglich der Lebensmittel waren wir in der Friedenszeit ebenso stark auf die Einbuhr angewiesen. Die Einbuhr an Brotgetreide betrug jährlich 1 Mill. Tonnen, etwa 8 Proz. des Gesamtbedarfs. Die Fleischversorgung war nur durch starke Einbuhr von Futtermitteln und Kraftfuttermitteln möglich. An sonstigen Lebens- und wichtigen Genussmitteln wurde für 118 Mill. Mk. Butter, für 188 Mill. Mk. Eier, für 103 Mill. Mk. Reis, für 219 Mill. Mk. Kaffee, für 134 Mill. Mk. Tabak jährlich in Deutschland eingeführt. Aus diesen Zahlen erklärt sich die Wirkung des Abschneidens von fremden (überseeischen) Märkten, wozu die englische Blockade zweifellos geführt hat. Der Gedanke eines selbstgenügenden mitteleuropäischen Wirtschaftsbereiches erscheint dadurch als ein Ding der Unmöglichkeit, und die Wirkung eines offenen oder verkappten Wirtschaftskrieges der Gegner Deutschlands gegen uns nach dem Friedensschlusse dürfte nicht allzu nebenächlich betrachtet werden. Dazu kommen noch die Geldwertfrage und Transportverhältnisse. Aus allen diesen Gründen werden sich beim Übergange zur Friedenswirtschaft starke Reibungen ergeben. Militärisch ist fast alles bis ins kleinste geregelt, wirtschaftlich aber fast nichts. Die Zwangsbeschaffung der Lebensmittel ist heute noch sehr unbedeutend, während die Zwangsbeschaffung der Rohstoffe viel besser ist. Die ganze Kriegswirtschaft ist aber in erster Linie für den Seeresbedarf berechnet; die Zivilbevölkerung existiert nur so nebenbei. Allerdings sind nur auch noch eine Reihe grobartiger Erfindungen gemacht worden, wie z. B. die Gewinnung des Salpeters (Stickstoff) aus der Luft, die Papierwebstoffe (mit ihren einschneidenden Wirkungen auf den Papiermarkt für unser Gewerbe), die Sprengstoff-herstellung aus Zucker usw. Dazu kommt auch noch die Organisation der „Seimarmee“ und die starke Heranziehung der Frau zu jeglicher Arbeit. Daraus ergeben sich für die Rückkehr zur Friedenswirtschaft die allergrößten Schwierigkeiten. Es wird sich kein sanftes Stilleberufen in die vorkriegserischen Zustände ergeben. Wir werden vor ganz neue Verhältnisse gestellt sein, die für alle Kriegführenden Länder auf einer sehr schwachen Basis ruhen, und zwar durch die Verarmung an kräftigen und gesunden männlichen Arbeitskräften. Verarmung an Rohstoffen durch den überhöhten Verbrauch während des Krieges und durch ungeheure Verschwendung der Staaten und Gemeinden wie auch des größten Teiles der Privatwirtschaften. Die Folgen dieser Zustände sind nur langsam zu beseitigen. Größte Wirtschaftlichkeit an Menschen, Arbeitskräften und Rohstoffen werden die ersten Voraussetzungen sein. Auf der einen Seite drängen zwar diese Verhältnisse zu härterer Gestaltung der Volkswirtschaft im öffentlichen Leben, auf der anderen Seite aber auch zu arbeitssparenden Verfahren in der Produktion aller Bedarfsartikel. Das bekannte Tarploer System wird neben Lohnbruch eine Hauptwaffe der Unternehmer sein, um sich konkurrenzfähig zu erhalten. Und es ist nicht zu bestreiten, daß sich der Kapitalismus während des Krieges aufs höchste entwickelt hat. Um so weniger darf daher die „Rationalisierung des Arbeitsprozesses“ ohne Mitwirkung der Arbeiterschaft durchgeführt werden. Will die Regierung schwere innere Wirtschaftskämpfe, die den Ruin Deutschlands bedeuten würden, in Zukunft vermeiden, so muß sie zu vermitteln und auszugleichen suchen. In diesem Zusammenhang scheint es nicht ausgeschlossen, daß eine ganz neue Art der Tarifgemeinschaften heraufsteigt. Die Frage nun, wie Deutschland am schnellsten seine frühere wirtschaftliche Stellung wieder erreicht, hängt zunächst von der Art der Friedensvorsätze, von der Wiederherstellung des Transportwesens und von der Gestaltung der Geldwertfrage ab. Eine strengere staatliche Regelung der Ein- und Ausfuhr und deren Verteilung wird unvermeidlich sein; ebenso noch eine längere Dauer der Lebensmittelfreihaltung. Da mit großer Wahrscheinlichkeit nach erfolgter Beendigung des Krieges und dem damit verbundenen Aufhöhen der Kriegsaufträge in Verbindung mit dem Rohstoffmangel eine große Arbeitslosigkeit zu erwarten ist, so gilt es hier, zu deren Abmilderung ganz besondere Vorarbeiten zu treffen. Das Kriegsgeld hat für diesen Fall nach längeren Verhandlungen entsprechende Grundlagen für das Zusammenarbeiten der Arbeitsnachwehrgänge mit den Seeresbedürfnissen geschaffen und sich dabei im wesentlichen einer diesbezüglichen Eingabe der Gewerkschaften und Angestelltenverbände angeschlossen. Entsprechende Verhandlungen sind auch zwischen dem Tarif- und Kriegsgeld eingeleitet worden. Eine weitere wichtige Frage bildet die Arbeitslosenunterstützung auf öffentlicher Grundlage. Eine besondere Bundesgesetzgebung vom 17. Dezember 1914 stellt Grundzüge für die Regelung dieser Angelegenheit durch Reich, Staat und Gemeinde auf. Aber ein großer Teil der damals mit den Gemeinden gemachten Erfahrungen sind nicht gerade erfreulich; viele Gemeinden „sparten“ ihr Budget und überließen die Fürsorge für die Arbeitslosen den Gewerkschaften. Daher müssen die Gemeinden verpflichtet werden und armen Gemeinden muß das Reich helfend zur Seite stehen. Für die Seeresentlastungen müssen auch Kleider, Stoffe usw. beschafft werden. Ein besonders

frühes Kapitel bildet die Wohnungsfrage. Die Bauwirtschaft wurde während des Krieges fast gänzlich eingestelltes wegen Arbeiter- und Materialmangels. Es wurden nur noch Bauten für Behörden und militärische Zwecke errichtet. Dadurch haben sich die Zustände im Wohnungs-wesen erheblich verschlimmert. In Berlin konnten z. B. auf ein Wohnhaus 77 und in London nur 7 Personen die Verzehung der Bodenfläche kostet in London auf eine fünfköpfige Familie 43,8, in Berlin 540 Mk. Es muß nach Friedensschluß mit einer äußerst bedenklichen Wohnungsnot zu rechnen sein. Der Verbandsvorstand trat zur Förderung der Bekämpfung dieser Not auch dem Deutschen Wohnungsausschusse bei. Zur Fortführung und zum Ausbau der Sozialpolitik hat die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands ein grobangelegtes Programm aufgestellt. Ebenso wichtig sind die feuerpolizeilichen Fragen. Denn diese berühren den Gewerkschaftler nicht nur als Steuerzahler, sondern auch im Arbeitsverhältnis. Ein Satz der indirekten Steuern wird nicht nur auf Lebens- und Genussmittel, sondern auch auf Gebrauchsartikel gelegt und beeinflussen dadurch seinen Lohn und seine Arbeitsgelegenheit. Arbeiter und Angestellte müssen daher darauf bedacht sein, ihr Einkommen zu erhöhen und bei den Ausgaben zu sparen, was für sie eine steigende Bedeutung der Genossenschaftsbewegung zur Folge hat. Aus dieser Gesamtlage ergeben sich für uns folgende Richtlinien:

1. Schnellste Unterbringung der Seeresentlastungen mit Hilfe der Arbeitsnachwehler.
2. Möglichstes Verbleiben auch der Kriegsbeschädigten im Berufe.
3. Die entsprechenden Zusagen der Prinzipale bezüglich dieser Punkte müssen eingeholt werden.
4. Berufsfremde müssen die Arbeitsplätze für die Seeresentlastungen leistungsfähig machen.
5. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsangehörigen angesichts des verschärften Kampfes ums Dasein.
6. Ausgleich der im Krieg ungenügenden Lehrlingsausbildung, da diese Lehrlinge später als Geheilen und Verbandsmittglieder in Frage kommen.
7. Inwiefern gesamttechnischen Einrichtungen müssen diese Kriegsschäden mildern. Es muß von dem Begriffe „Probeseit“ ein besserer Gebrauch gemacht werden. Um behindern nicht für die Lehrlingsausbildung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: a) Beibringung der Beweise über die Fähigkeit der Lehrlinge zur Erlernung unreserwerts gemäß § 13 Abs. 1; b) Festsetzung eines angemessenen Hofgeldes unter stimmungsgemäßer Anwendung des § 12 des Tarifs; c) Aufstellung eines tariflich gültigen Lehrplans für die Lehrlinge; d) Kontrolle über Einhaltung des Lehrplans; e) Zweimalige Prüfung während der Lehrzeit; f) Verpflichtung zur Gehilfenprüfung; g) Förderung der fachlichen Kurie der Gehilfenverbände durch die Tarifgemeinschaft (Vestfall).

Braun erklärt sich mit den Ausführungen des Vorredners im allgemeinen einverstanden und erwartet für die Zeit des Überganges einen starken Überchuß an Arbeitskräften und einen Mangel an Arbeitsgelegenheit. Er begrüßt die jetzt schon von vielen Seiten ergriffenen Vorbeugungsmaßnahmen, sieht jedoch in gegenständlichen Bestrebungen mancher Unternehmerkreise einen großen Mangel an Entgegenkommen, das die alten Gesetze der Friedenszeit nach dem Kriege nur wieder um so härter ausüben lassen wird. Unbedingt müsse gefordert werden, daß ein gesetzlicher Zwang für die WiederEinstellung der aus dem Felde zurückkehrenden Arbeiter durch die Unternehmer eingeholt wird. Den von der Generalkommission der Gewerkschaften aufgestellten Forderungen kann man sich vollständig anschließen. Bis zur Einführung der gesetzlichen Arbeitslosenversicherung sollte den Berufsvereinen das Recht gewährt werden, den staatlichen Zuschuß mit ihren Unterstützungen auszuweiten, der von den Gemeinden vorgeschossen und vom Reich an diese zurückzufaktet werden sollte. Besonderer Wert wäre darauf zu legen, daß die Arbeitslosenunterstützung nur am Heimatorte bzw. am Orte der letzten Arbeitsstätte ausbezahlt würde, damit kleine Druckorte nicht von Arbeitskräften entblößt würden. Mitglieder der alten Stammpersonale sollten in erster Linie nach ihrer Entlassung aus dem Seeresdienst in ihre alten Plätze wieder eintreten dürfen. Das sei eine Ehrenpflicht der Kriegsteilnehmern gegenüber. Kranke und erholungsbedürftige Kriegsteilnehmer seien anzuhaltend, vor ihrer Entlassung erst Genesung zu suchen. Die Prinzipale seien zu veranlassen, einen gewissen Prozentsatz Kriegsbeschädigter einzustellen, und zwar in erster Linie solche von Stammpersonal. Zur Bekämpfung der Wohnungsnot ist die Einstellung auswärtiger Kräfte ohne Genehmigung des Tarifamts zu unterlassen. Die Einstellung der weiblichen Fachkräfte müsse als selbstverständlich angesehen werden. Den Kriegsteilnehmern sollte nach ihrer Rückkehr zu besseren Einbeziehung eine längere Kündigungsfrist eingeräumt werden. Die in einzelnen Unternehmerrkreisen aufgetauchten Vorschläge, als teilweise Ausweitung für die vertriebenen Arbeitskräfte in Deutschland das Tarploer-System einzuführen, müsse entschieden abgelehnt werden.

Maßint gibt einige Aufschlüsse über organisatorische Bestrebungen der weiblichen Fachkräfte in Berlin und hält eine Förderung ihrer Absichten auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage empfehlenswert.

Es sprechen noch einige Redner hierzu im Sinne wöhlwollender Neutralität; worauf die vom Verbandsvorstand aufgestellten Richtlinien zu diesem Tagesordnungspunkte einstimmig als zweckmäßig anerkannt werden.

Hierauf wird zur Beratung des fünften Punktes der Tagesordnung: „Beurteilung unreserwerts Verhältnisses a) zur Generalkommission“, übergegangen. Große

mann bezeichnet die Beziehungen und das Zusammenarbeiten zwischen dem Verbandsvorstand und der Generalkommission als ausgezeichnet, was schon durch die Zugehörigkeit Böhmings zu dieser besonders gewährleistet war. Nach verschiedenen Anfragen aus Mitgliederkreisen hat der Beirat der Generalkommission zum Volksbunde für Freiheit und Vaterland nicht überall Bestands und Zustimmung gefunden. Meinungsverchiedenheiten scheinen auch bezüglich der Rubendorff-Spende vorhanden zu sein. Der Verbandsvorstand kann jedoch unter Berücksichtigung der besonderen Umstände, die mit diesen Fragen zusammenhängen, die Mitwirkung der Generalkommission vorziehen und auch darin nur eine faktische Wahrung der Arbeiterinteressen erblicken. Bezüglich der Rubendorff-Spende ist eine Sicherung des Mitbestimmungsrechtes der Generalkommission bei der Veräußerung der gesammelten Gelder unerlässlich. Im übrigen sind keine Meinungsverchiedenheiten vorhanden und es ist wünschenswert, daß das bisherige Verhältnis zur Generalkommission auch in Zukunft ein gutes bleibt.

Die Diskussion über diesen Punkt bringt eine ausführliche Darlegung der Tätigkeit der Generalkommission durch deren anwesenden Vertreter Bauer, dessen Ausführungen lebhaftes Interesse erweckten. Albrecht (Berlin), Schneider, Krabi, Muffial, Runkler, Albrecht (Köln), Mastini, Wendisch, Pleczan und Selb ergreifen hierzu noch das Wort und sprechen sich teils über die Frage des zeitigen Beitritts der Mitgliedschaften zum Volksbunde für Freiheit und Vaterland, teils über die Frage der Besetzung der Schlichtungsausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz aus. Bezüglich der ersten Frage stellt sich die Generalversammlung auf den Standpunkt, daß in kritischen Fällen jeweils der Verbandsvorstand gebietet werden soll, ehe bestimmte Entschlüsse gefaßt werden. Und bezüglich mangelhafter Zusammenziehung der Schlichtungsausschüsse wird die Generalkommission auf jeweiligem Antrag gern Schritte zur Abhilfe unternehmen. Die Faltung einzelner Gewerkschaftskarteile gegenüber Maßnahmen der Generalkommission wird nicht als vorbildlich angesehen, zumal die Generalkommission in allen ihren Maßnahmen von der Zustimmung der Verbandsvorstände und der Gewerkschaftskonventionen abhängig ist.

Zum zweiten Teile dieses Tagesordnungspunktes: b) Internationales Buchdruckersekretariat, gibt Grabmann zunächst einige grundsätzliche Erläuterungen in Hinblick auf die von jeder von den deutschen Buchdruckern bewiesene Annäherung des internationalen Zusammengehörigkeitsgefühls und stellt ihr die besonders während des Krieges hierzu getretene gegenseitliche Haltung der Kollegen in den westeuropäischen Ländern, hauptsächlich in England und Frankreich, gegenüber. Er beleuchtet auch das eigenartige Verhalten des früheren Buchdruckerverbandes der romanischen Schweiz bezüglich des Schicks des Internationalen Buchdruckersekretariats, gibt jedoch zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß nach Beendigung des Krieges alle alten Missverständnisse zwischen den Buchdruckern der jetzt noch sich bekämpfenden Völker bald wieder beseitigt sein werden.

Klein als Vertreter des Internationalen Buchdruckersekretariats stellt mit, daß es trotz des Krieges möglich gewesen sei, mit fast allen angeschlossenen Verbänden in Fühlung zu bleiben, wenn auch teilweise nur indirekt. In der französischen Schweiz sei sogar ein sehr erfreulicher Umschwung gegen früher zu verzeichnen, indem das dortige Verbandsorgan in letzter Zeit die Tätigkeit der deutschen Kollegen viel objektiver beurteilt und seine Leser in einem sympatischeren Sinne zu beeinflussen sucht, soweit die internationalen Beziehungen in Frage kommen. Alle angeschlossenen Organisationen haben, soweit sie dazu imstande waren, ihre Beiträge entrichtet. Nur von den englischen Kollegen ist zu sagen, daß sie noch nie besondere Mitleidung zu internationaler Zusammenarbeit gehabt haben. Erwidern habe auch er die Hoffnung, daß nach Kriegsende die alten Beziehungen mit allen anderen Buchdruckerorganisationen schnell wieder aufleben werden. Denn die Arbeiter bekämpfen sich ja nicht als solche, ihr gemeinsamer Gegner in allen Ländern ist der Kapitalismus. Und dieser wird ihnen auch in Zukunft die Notwendigkeit einer geschlossenen Abwehr noch mehr als bisher spürbar machen.

Krabi geht im Anschluß daran auf Äußerungen und uneheliche Schreibereien im Organ der deutschen Schweiz gegen die deutschen Kollegen und Gewerkschaften näher ein und gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß sie zum Teil schon Zurückweisung in der „Selbstlichen Apparatik“ selbst fanden.

Grabmann unterbreitet in einem kurzen Schlussworte noch einmal die Wünsche Kleins, daß man endlich auch im Ausland erkennen möge, daß die Auffassung der Buchdrucker über die gegenseitige Förderung der Arbeiterinteressen und der Unterstützung der neben uns Deutschen wohnenden Buchdrucker die allein richtige und zweckmäßigste sei.

Es wird zum fünften Punkte: „Stellungnahme zu den Anträgen, den „Korr.“ betreffend, und Wahl der Redakteure“, übergegangen.

Als erster Redner kommt Selb zum Worte, der auf die Faltung des „Korr.“ zu den Berliner Vorgängen im Frühjahr 1917 eingeht und Krabis Schreibweise darstellend kritisiert, seine Ausführungen aber verbündlich ausfallend lassen.

Nachmittagsaktion.

Grabmann stellt zunächst fest, daß im „Würzburger Generalanzeiger“ wie in der „Frankfurter Zeitung“ über die Organisationsvertragsverhältnisse, die der Vorstand schon die Zahlung des geforderten Schadenersatzes ab. In dieser Angelegenheit hat jedoch die Verbandsleitung der Generalversammlung die Entscheidung überlassen, die in bereits mitgeteilter Weise erfolgte.

Dann repliziert Krabi auf die Eobelschen Ausführungen, betont die prinzipiellen Gesichtspunkte des damaligen Streites, die Stellungnahme der vorjährigen Gauvorkehrerkonferenz dazu, würdigt die kollegiale Beurteilung der Berliner und erklärt aus seinerseits die Anwesenheit für erledigt.

Muffial zitiert noch einige Auslassungen des „Korr.“, die mit diesem Fall in Zusammenhang bringen.

Grabmann betont die Schwierigkeit der öffentlichen Behandlung solcher Dinge durch den „Korr.“ und erwähnt die ausdrückliche Zustimmung des Verbandsvorstandes zu einer bestimmten Maßnahme der Redaktion in dieser Sache.

Der Antrag Erfurt auf Einführung des „Korr.“-Obligatoriums auf Kosten der Verbandskasse begründet Stange und meint, wie in andern Gewerkschaften müsse auch bei uns das Organ vom Verbandskasse geleistet werden. Wir machen allein eine Ausnahme.

Eifer bezeichnet den Erfurter Antrag als einen alten Bekannten, für den aber gegenwärtig der ungünstigste Zeitpunkt ist. Der Zuschub für den „Korr.“ wird im laufenden Jahr infolge der Papier- und Druckpreise 70000 Mk. erreichen. Es macht doch gewiß einen Unterschied, ob ein Gewerkschaftsblatt wöchentlich einmal oder vierzehntäglich erscheint, wie bei den übrigen Gewerkschaften, oder dreimal in der Woche wie der „Korr.“. Die Mitglieder müßten beim Obligatorium durch den Verband selbst eine Beitragserhöhung in Kauf nehmen. Er empfiehlt, es beim alten zu belassen. Der Antrag Erfurt wird darauf gegen vier Stimmen abgelehnt.

Zum Antrage Bielefeld, Anzeigen, die nicht von Verbandskasse kommen, höher zu berechnen und eine fünfte Spalte einzuführen, spricht Eifer ebenfalls, bemerkend, der „Korr.“ sei auch hinsichtlich der Inserate am allerbilligsten und erklärt eine baldige Änderung durch die Verbandsleitung für geboten. Die näheren Umstände möge die Generalversammlung dem Verbandsvorstand und der Redaktion überlassen.

Krabi schildert die starke Raumbenutzung durch die bis vor Jahresfrist viel zu großen Anzeigen. Es machte sich infolge der zunehmenden Papiernot Beschränkung auf die kleinste Schrift notwendig. Redner gibt darauf einen Überblick, wie sich die gewünschte andre Preisbemessung sowie Einführung einer fünften Inseratenpalette rechnerisch darstellt und trifft ebenfalls dafür ein, daß im Sinn Eifers bzw. des Bielefelder Antrags etwas geschieht. Der Antrag Bielefeld findet darauf Annahme.

Ehe zur Wahl der Redakteure geschritten wird, nimmt Albrecht (Köln) Gelegenheit, die gute Information auf allen Gebieten durch den „Korr.“ und seine Stellungnahme zu den Fragen und Aufgaben der Zeit anzuerkennen, zumal bei der kriegsmäßigen Besetzung der Redaktion mit nur einem Manne.

Nach einigen Bemerkungen Grabmanns erfolgt die Wahl der drei Redakteure insgesamt und ein Mitglied.

Krabi dankt für das der Redaktion behandelte Vertrauen ebenfalls insgesamt und gibt zu erwägen anheim, ob nicht bei noch längerer Kriegsdauer eine Ersatzkraft ausfindig gemacht werden kann. Die bisherigen Bemühungen der Redaktion und des Verbandsvorstandes haben trotz Erweiterung der Mitarbeiterzahl noch zu keinem Ergebnisse geführt, denn es sind gewichtige Voraussetzungen erforderlich: journalistische Vorbildung, völlige Militärfreiheit, Abkömmlichkeit aus bisheriger Stellung und auch Abfinden mit den Ernährungsverhältnissen in Weimar.

Pleczan erkennt die Notwendigkeit einer Entlastung Krabis an und schlägt einige Kollegen vor, die von Krabi als nicht in Betracht kommend bezeichnet werden wegen ihrer militärischen Verhältnisse.

Da der siebente Punkt die Festsetzung der Mitgliederbeiträge betrifft, hiermit sich aber auch die Kommission für Unterstützungsfragen indirekt zu beschäftigen hatte, so wird auf den dritten Punkt der Tagesordnung zurückgegriffen und der Bericht genannter Kommission entgegengenommen, den Rubhorn in längeren Ausführungen erstattet. Lange Zeit hat die Kommission gebrocht, um über das Für und Wider klar zu werden. Man ist nach dem Verlaufe der Generaldebatte sowie nach reiflicher nochmaliger eigener Erwägung zu dem Standpunkte gelangt, daß angesichts der ganz ungleichen Verhältnisse jetzt nicht mit Abänderungen des Statuts und der Vorstandsbefugnisse experimentiert werden darf. Rubhorn legt dann im einzelnen dar, wie sich die Kommission zu den einzelnen Unterstützungsmaterialien stellt, zum Teil eingehender Kommentierungen dazu gebend. Es wird der Generalversammlung empfohlen, sich die nachfolgenden Beschlüsse über das Unterstützungswesen zu eigen zu machen:

Sollte bei Kriegsende von der Regierung bzw. von den Kommunen keine Vorlage für die Unterstützung der Arbeitslosen getroffen werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50 Pf. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhebung eines erhöhten Verbandsbeitrags. Es ist aber sofort eine Gauvorkehrerkonferenz einzuuberufen, welcher die weitere Erledigung der Frage überlassen wird.

Am der Kranken- und Invalidenunterstützung wird nichts geändert. Die zur Zeit bestehende Staffeltung in der Krankenunterstützung soll beibehalten werden.

Ebenso bleiben die übrigen Unterstützungen unverändert.

Die für den Beruf nicht mehr in Frage kommenden Militärinvaliden sind den nächstbezugsberechtigten Verwandten gleichzusetzen, d. h. Beiträge werden von ihnen nicht genommen, das Anrecht ihrer Hinterbliebenen auf Sterbegeld bleibt bestehen.

Der Verbandsvorstand wird beauftragt, nach Beendigung des Krieges über das Verhältnis der Kriegsbeschäd-

igten Kollegen zur Organisation eine Ausstellung zu machen. Einer später einzuberufenden Gauvorkehrerkonferenz bleibt es überlassen, auf Grund des ermittelten Materials zu der Frage Stellung zu nehmen, ob und inwieweit den Anträgen zur Würzburger Generalversammlung in Bezug auf die Kriegsteilnehmer Rechnung getragen werden kann.

Von zur Arbeit heurlaubten, auch außerhalb des Berufs tätigen Kollegen sind Beiträge zu erheben, sofern die Verdienste die üblichen Löhne der Buchdrucker erreichen.

Für dienstbeschädigte Kollegen, die zum Berufe zurückkehren, ist unbedingt eine sofortige Zurückmeldung einzureichen, nach deren Prüfung durch die in Betracht kommenden Instanzen das Verhältnis zur Organisation (ob Beitragszahlung oder eine Karenz zum Bezuge von Krankenunterstützung notwendig erscheint) geregelt ist.

Kollegen, die freiwillig oder auf Anordnung der Militärbehörden ein Heilverfahren antreten oder zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes zur Kurverpflichtung in eine Anstalt verwiesen werden, erhalten kein Krankengeld.

Als Beitrag zur Familienunterstützung gewährt der Verbandsvorstand abermals pro Kopf 3 Mk., die Mitgliederzahl am Ende des 2. Quartals 1914 zur Grundlage genommen.

Die Anträge auf Gewährung einer höheren Entschädigung an die Gau für die Verwaltung, Agitation usw. werden abgelehnt. Der Verbandsvorstand erkennt aber die Notlage der Gauvereine durch die vermehrte Einnahme bei Bescheidenheiten der bisherigen Ausgaben in der alten Höhe an und ist bereit, zum Ausgleich pro Kopf 2 Mk. zu gewähren auf derselben Grundlage wie bei der Familienunterstützung. Ist der Krieg im nächsten Jahre noch nicht beendet, dann soll eine weitere Zuwendung erfolgen. Eine endgültige Regelung der Frage bezüglich der Erhöhung der Rückvergütung wird von der nächsten Generalversammlung erwartet.

Im Verkehre mit dem Verbandsvorstand ist der bisherige Modus durch Überweisung von Bank zu Bank beizubehalten. Die Einführung des Postcheckverkehrs empfiehlt sich daher nur im Geschäftsverkehr der Mitgliedschaften mit den Gauvorständen.

In der Kommission ist auch zugute getreten, daß mancherorts den Gewerkschaftsmitgliedern neben dem niedrigeren Verbandsbeitrag von 60 Pf. pro Woche die vollen Beiträge zur Gau- und Ortskasse abgenommen werden. Die Kommission hält die Leistung dieser Beiträge in vollem Umfange nur dann für gerechtfertigt, wenn hierin keine Zuschüsse zu einem für Gewerkschaftsmitglieder nicht in Betracht kommenden Unterstützungszweig enthalten sind.

Redner hebt ausdrücklich hervor, daß Staat und Kommune bedeutend mehr Anstrengungen machen müssen, die Arbeitslosenunterstützung von sich aus einzuführen. Die Frage der Kriegsbeschädigten hat für die Kommission die meisten Schwierigkeiten bereitet. Der Antrag Krabis ist gar nicht durchführbar. Die Herausgabe eines Werkblasses für die Geldstrafen über ihre Rechte und Pflichten durch den Verbandsvorstand selbst empfiehlt sich auch der Vereinfachung und des Kostenpreises wegen. Hinsichtlich der nicht rein gewerkschaftlichen Unterstützungszweige ist die Kommission der Sendung der Generalversammlung gefolgt, nichts Inhaltliches zu schaffen. Eine Beitragserhöhung hat die Kommission für jetzt abgelehnt, da gegenwärtig die Mitglieder schon zu stark belastet sind mit allerlei Ausgaben. Nach dem Kriege soll eine Neuausgabe des „Ratgebers für Funktionäre“ durch den Verbandsvorstand erfolgen.

Die Debatte über die von der Kommission gemachte Vorlage gestaltet sich lebhaft. Es sprachen Frische, Klein, Reiser, Selb, Fuhs, Schleifer, Kochmann, Klein, Reine, Nagroski, Molau, Grabmann und Eifer. Das der Beitrag nicht jetzt schon Erhöhung finden soll, findet im besondern vornehmlich von diesen Rednern Widerspruch, ebenso die einseitige Belastung der Arbeitslosenunterstützung in gegenwärtiger Bemessung.

Ein von Rubhorn gestellter Antrag auf Zurückweisung der Vorlage an die Kommission erfährt jedoch Ablehnung.

Nachdem Grabmann darauf aufmerksam gemacht, daß eine Beitragserhöhung ja nötigenfalls durch den Verbandsvorstand und eine Gauvorkehrerkonferenz schon laut Statut vorgenommen werden kann, werden die einzelnen Positionen der Kommissionsvorlage gegen weniger oder mehr erhebliche Minderheiten, teils auch einstimmig angenommen. Diese Beschlüsse sollen am 1. Juli in Kraft treten.

Eifer bemerkt noch, daß die jetzt beschlossenen Bewilligungen für die Familienunterstützung und an die Gau zwecks Entschädigung der Verwaltungskosten die Summe von 350000 Mk. ausmachen. Damit sind die Anträge in Unterstützungsangelegenheiten erledigt.

Zum Punkt III wird dann noch verhandelt über Antrag Mannheim, die Gauvorkehrer außer Wahl zu stellen, sie nur mit beratender Stimme an der Generalversammlung teilnehmen zu lassen, was es beim Verbandsvorstand schon üblich ist. Grabmann erklärt, daß ein solcher Antrag nur vor eine ordentliche Generalversammlung gehört.

Conradi spricht für den Antrag, die letzte Vertretung der Delegiertenzahl dafür aufzubringen. Muffial redet dem Mannheimer Antrag ebenfalls das Wort.

Rubhorn wendet sich dagegen, die Gauvorkehrer zu Delegierten zweiter Klasse zu ernennen, Klein erklärt, durch diesen Antrag werden die Gauvorkehrer gewisser-

maßen der Verantwortlichkeit für Generalversammlungsbeschlüsse entbunden. In andern Gewerkschaften, wo aber die Gausleiter von der Organisation angefertigt sind, sei es etwas anders. Seitz bezeichnet den Antrag Mannheim als ungerecht. Wir haben doch auch Gauvorsitzer, die noch praktisch im Berufe tätig sind; der Antrag kann schließlich als Mißtrauen gegen die Angestellten aufgefaßt werden. Engelbrecht bemerkt, wenn man einem Bequemlichkeitsstandpunkte Vorzug leisten will, dann komme dem der Antrag Mannheim entgegen. Die Gauvorsitzer sind bei uns aber unabhängig vom Verbandsvorstand angestellt.

Grahmann erklärt für den Verbandsvorstand Einverständnis mit den Ausführungen gegen den Mannheimer Antrag, der nunmehr abgelehnt wird.

Ein Antrag-Berlin betrifft die Heranziehung der Gehilfenmitglieder des Tarifamts zu Generalversammlungen und Gauvorsteherkonferenzen. Hierzu führt Albrecht (Berlin) an, daß die Tariffunktionäre der Prinzipale an allen Konferenzen des Deutschen Buchdruckervereins teilnehmen. Auch unsere Beisitzer müßten Gelegenheit haben, sich zu informieren, wie es um die Meinung in der Kollegenschaft steht. Die Heranziehung entspricht auch der Würde ihres Amtes.

Grahmann erklärt, die Verbandsleitung habe die Gehilfenbeisitzer immer zu Konferenzen, wo wichtige tarifliche Angelegenheiten zur Beratung stehen, herangezogen und wird das auch weiter tun. Zu Generalversammlungen würde das aber eine Bevorgung vor den Gauvorsitzern sein. Eifer ist für Beibehaltung des jetzigen Modus. Wenn Berlin diesmal nur zwölf Delegierte stellt, so handelt es sich eben um einen Ausnahmezustand infolge des Krieges. Sondern besond. der Verbandsvorstand könne sich mehr aus praktischen Gründen nicht für den Berliner Antrag erklären.

Für den Berliner Antrag sprechen noch Braun und Faber, der davor warnt, die Tätigkeit der Gehilfenbeisitzer zu gering einzuschätzen.

Albrecht (Köln) spricht sich gegen den Antrag aus. Diejenigen Gehilfenvertreter, die nicht zugleich Gehilfenvereinsvertreter sind, müßten dann doch auch zu allen Gauvorsteherkonferenzen herangezogen werden. Seitz wendet sich ebenfalls gegen den Berliner Antrag, nennt es eine Pflicht der Berliner Kollegen, die Gehilfenfunktionäre zu wählen, was auch sehr leicht ist, wenn Berlin wieder seine alte Mitgliederzahl hat.

Schließlich findet unter Ablehnung des Berliner Antrags ein Antrag Kochmann Annahme, nur den Gehilfenvorsitzenden des Tarifamts in der gewünschten Weise hinauszuziehen.

Damit haben gegen 6 Uhr die Verhandlungen des fünften Tages ihr Ende erreicht.

Sechster Tag. (1. Juni.)

Kurz nach 8 Uhr eröffnet Grahmann die Verhandlungen und erteilt dem Berichterstatter der Diätenkommission das Wort.

Engelbrecht erstattet den Bericht, wonach der Diätenrat der letzten Generalversammlung in Danzig, in Anbetracht der außerordentlichen Teuerung um 50 Proz., d. h. von 13 auf 20 Mk. erhöht werden soll. Aus der Mitte der Delegierten wird dieser Vorschlag als nicht ausreichend bezeichnet. Die Verammlung belieh es jedoch bei dem Vorschlage der Kommission.

Hierauf erhält Albrecht (Köln) das Wort zur Berichtserstattung über das Ergebnis der Kommissionsberatung zum achten Punkte der Tagesordnung: „Wahl der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder“, und gibt dazu folgende Erklärung ab: Mit Rücksicht darauf, daß die Organisation in der nächsten Zeit vor große und wichtige Aufgaben gestellt sein wird, sah sich die Kommission veranlaßt, alles zu tun, um die bestgeeignetsten und tüchtigsten Kollegen an die Spitze der Organisation zu bringen. Nach Auffassung der Kommission ist der Kollege Grahmann zweifellos befähigt, den ersten Vorsitzendenposten zu bekleiden, den er auch seit dem Tode des Kollegen Döblin zur vollen Zufriedenheit ausgefüllt hat. Wenn die Kommission trotzdem der Generalversammlung an Stelle des verstorbenen Kollegen Döblin für den ersten Vorsitzendenposten den Kollegen Seitz in Vorschlag bringt, so deshalb, weil dem Kollegen Seitz mit Rücksicht auf seine langjährige Tätigkeit an führender Stelle, sein Ansehen und sein Alter der Posten des zweiten Vorsitzenden nicht angeboten und übertragen werden kann. Zweifelloso bringt Kollege Seitz durch Annahme des Postens ein Opfer, wie auch Kollege Grahmann im Interesse der Organisation das Opfer bringt, auf seinem Posten zu verbleiben, um dadurch die Mitarbeit des Kollegen Seitz an der Spitze der Organisation zu ermöglichen. Für beide mit gleichen Rechten und Pflichten amtierenden Vorsitzenden bietet sich ein reiches Arbeitsfeld auf organisatorischen, gewerblichem und tariflichem Gebiete. Die Kommission bringt weiter den Wunsch zum Ausdruck, daß die Organisation mehr noch als bisher auch nach außen in die Erscheinung tritt und überall dort vertreten ist, wo es gilt, die Interessen und das Ansehen der Organisation zu wahren. (Sehatsches Bravo!) Bezüglich der Gehaltsfrage schlägt die Kommission vor, dem Kollegen Seitz das Höchstgehalt von 4200 Mk. nebst Repräsentationsgeldern von 200 Mk. sowie die Teuerungszulage gleich den übrigen gewählten Verbandsangestellten zu gewähren. — Außerdem schlägt die Kommission vor, für die von der Generalversammlung gewählten und angestellten Verbandsbeamten die Teuerungszulage um 50 Mk. ab 1. Juli d. J. zu erhöhen. Die Aufbesserung der Teuerungszulage für die Hilfskräfte erfolgt durch den Verbandsvorstand. Ebenso wird die Generalversammlung ersucht, die von einer früheren Gauvorsteherkonferenz für sämtliche Verbandsangestellte im Betrage von 100 Mk.

bewilligte Teuerungszulage nachträglich zu genehmigen. Bezüglich des Amtsantritts des Kollegen Seitz spricht die Kommission noch den Wunsch aus, daß dieser so bald wie möglich erfolgen möchte.

Beischmidt bedauert, daß die bayerische Kollegenschaft ihren bewährten Gauvorsitzer verliert. Aber im höheren Interesse der Organisation muß dieses Opfer hingenommen werden.

Unter lebhaftem Beifall vollzieht sich hierauf die Wahl beider Verbandsvorsitzenden bei Annahme der Grundsätze der Kommission einstimmig.

Seitz erklärt hierauf, er habe dieses Amt nicht gesucht und nicht angestrebt, indes die Liebe zur Organisation zwingt ihn, dem Rufe Folge zu leisten. Er rechne auf gute Mitarbeit mit den Vorstandsmitgliedern und mit dem Kollegen Grahmann im besondern.

Ebenso beifällig wird die Zuschreibung von Grahmann angenommen, im Sinne von Seitz zusammenzuarbeiten für das Wohl der Organisation.

Die Wiederwahl von Eifer, Glaser und Schweinitz vollzieht sich gleichfalls einstimmig. Die beiden erkeren dankten für das Vertrauen (Kollege Schweinitz befindet sich beim Militär).

Es wird sodann die neue Teuerungszulage für die gewählten Verbandsangestellten ab 1. Juli genehmigt und die früher gewährten sanktioniert. Die Bemessung der neuen Teuerungszulage für die Hilfskräfte wird dem Verbandsvorstand überlassen. Die Remuneration für die Vorstandsmitglieder wird um vierfünfteljährlich 30 Mk., die für die Beisitzer um 40 Mk. erhöht.

Grahmann spricht die Erwartung aus, das die Gauen ebenfalls ihre Angestellten usw. dementsprechend erhöhen. Ein früheres Vorstandskircular darüber hat leider nicht die erforderliche Beachtung gefunden. Es geht nicht an, daß Gauen hinter dem bezüglich ihrer Angestellten zurückbleiben, was Unternehmer auf Grund der im Wege der Tarifgemeinschaft aufstake gekommenen Aufbesserungen gewähren müssen.

Zum zehnten Punkte der Tagesordnung, den Ort der nächsten Generalversammlung betreffend, erklärt Grahmann, es sei das am besten einer Gauvorsteherkonferenz zu überlassen. Leipzig hat aber das Vorrecht. Engelbrecht bedauert, daß infolge des Krieges die ordnungsgemäße Generalversammlung nicht in Leipzig stattfinden konnte und jetzt infolge der dortigen Ernährungsverhältnisse ebenfalls nicht, erwartet jedoch, daß die nächste Tagung in Leipzig sein wird. Diese Ausführungen finden die Zustimmung der Generalversammlung.

Der letzte Punkt: Weitere Anträge und Beschlüsse; wird eingeleitet durch den Bericht der Beschwerdekommision. Albrecht (Berlin), Albrecht (Köln) und Conradt teilen sich darin. Acht Beschwerden gegen Ausschüsse und andre Maßnahmen von Gauvorsitzenden liegen vor. Bei den einzelnen Angelegenheiten sprechen zum Teil die Vorsteher oder Delegierten aus den betreffenden Gauen; zum Teil auch andre Redner. Das Ergebnis der eingehenden Ausprüche ist: 1. der „Rostfahndrucker, Otto Peter (früher in Braunschweig) bleibt ausgeschlossen; 2. der Schriftgießer Friedrich Joeh in Chemnitz wird mit seiner Beschwerde gegen die Zöschung der Arbeitslosenunterstützung abgewiesen und sein Benehmen gegenüber den Funktionären gerügt; 3. der Ausschluß des Rotationsdruckers August Zimmer in Stralburg wird aufrecht erhalten; 4. der Seher M. Krause in Gletwitz erklärt, im Jahre 1915 selbst aufgetreten zu sein, verlangt trotzdem die gezahlten Beiträge zurück. Die Generalversammlung beauftragt angeht die Handlungsweise von Sir, den Ausschluß für berechtigt; 5. Seher Max Engel in Berlin protestiert gegen seinen Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft. Die Generalversammlung erklärt sich für nicht kompetent, tritt jedoch den Behauptungen des Professors nicht bei; 6. ein Seher Bergmann in Bremen hat sich mit seinem Anliegen, wieder volles Mitglied zu sein, zunächst an den Gauvorstand zu wenden; 7. Seher Otto Strichbeck in München hat in einem langen Zeitraume ungläublich wenige Beiträge gezahlt, was seine aufgestellte Behauptung nicht zu stützen vermag, es bleibt beim Ausschluß; 8. der Seher Heinrich Drexler in Arnstadt hat zwei Generalversammlungen verstreiten lassen, ohne gegen seinen 1908 wegen öffentlicher Herabwürdigung der Organisation erfolgten Ausschluß zu protestieren. Seine Beschwerde wird daher abgewiesen.

Die czu k erweitert den Antrag Schleswig-Holstein, daß die Buchdrucker nicht lediglich als Schwer-, sondern auch als Schwerarbeiter Anerkennung finden sollen, wie im Januar auch der Verbandsvorstand in seiner Eingabe gefordert hat. Seitz empfiehlt, diese Angelegenheit dem Verbandsvorstande zu überlassen.

Es wird dann nach Begründung von Wendische und weiterer Hinzufügung, daß ein solches Verfaßten als Restriktion gegen das Hilfsdienstgesetz bereits charakterisiert worden ist, gegen die Dresdner Prinzipalität folgende Entschliebung angenommen:

Die Generalversammlung erhebt Protest gegen die vom Vorstande der Innung Dresdner Buchdruckermeister und dem Bezirksverein in Dresden des Deutschen Buchdruckervereins erlassenen Richtlinien, den Neuansehlern nur einen gewissen Höchstlohn zu zahlen. Eine derartige Beeinträchtigung widerspricht den Beschlüssen der Tarifauschubstung vom Oktober 1917.

Ebenso einstimmig erfolgt die Stellungnahme gegen einen Vorgang, der auch im „Korr.“ mehrmals Behandlung fand. Da auf Reklamationen von Gehilfen Antwort nicht aus Dulsburg erfolgt, sondern aus Essen, so glaubt die Generalversammlung den Arbeitgeberverband als den eigentlichen Betreiber dieser auf die Schwärzung der gesetzlichen Rechte und Freiheiten des Kriegsbeschädigten

Arbeiters abzielenden Sache annehmen zu können. Die Generalversammlung erklärt demgemäß in aller Öffentlichkeit folgendes:

Der Polzeilunteroffizier Buchdruckermeister Grafmann im Meidericher Kelerbezirk führt einen Arbeitsnachweis für nichtorganisierte Buchdruckergehilfen. Er versendet Karten an Kriegsbeschädigte, mit denen er denselben den Nachweis einer guten Stellung verpricht, doch müssen die Bewerber unterjährig erklären, daß sie einer Organisation nicht angehören und auch in den vorangegangenen zwölf Monaten nicht angehört haben. Der Verwalter dieses Arbeitsnachweises war bis dahin Mitglied der Tarifgemeinschaft, war aber schon früher einmal wegen beherrschender Tarifverletzung ausgeschlossen worden. Da derselbe dem Verlangen des Tarifamts, diesen Nachweis sofort einzustellen, nicht Rechnung trug, erfolgte sein abermaliger Ausschluß aus der Tarifgemeinschaft.

Die organisierte Gehilfenschaft im Buchdruckergewerbe vertritt die Auffassung, daß dieser Arbeitsnachweis die Not der Kriegsbeschädigten ausnützt und sie veranlaßt, für das Angebot einer sehr zweifelhaften Arbeitsstelle das Recht der Koalitionsfreiheit zu opfern. Den Kriegsbeschädigten solche Bedingungen für Beschaffung einer Arbeitsgelegenheit zu stellen, hält die organisierte Gehilfenschaft für sittenwidrig.

Da alle Beschwerden des Tarifamts beim Stellvertretenen Generalkommando des VII. Armeekorps zu Münster ergebnislos geblieben sind, diese Bescheide, auch nicht einzusehen vermag, daß durch solch eine Art Stellenvermittlung die flüchtige Erblitterung in den Kreisen der Kriegsbeschädigten sowohl als in der organisierten Arbeiterklasse erzeugt werden muß, und weil ferner auch eine Beschwerde beim Kriegsministerium an dieser unverständlichen Stellungnahme des Generalkommandos nichts ändern konnte, erhebt der Verband der Deutschen Buchdrucker gegen diese Stellungnahme des Generalkommandos des VII. Armeekorps hierdurch öffentlichen Protest.

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschließt einstimmig, das Mitteilmaterial der Generalkommission der Gewerkschaften sowohl als Mitgliedern des Reichstags zur weiteren Veranlassung zur Verfügung zu stellen.

Soweit noch unter dem letzten Tagesordnungspunkt Anträge vorliegen, sind sie damit erledigt.

Grahmann faßt hierauf mit kurzen markigen Worten das Ergebnis der diesmaligen außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes zusammen. Er stellt fest, daß die Generalversammlung mit erfreulicher Einstimmigkeit dem Vorstande für seine Geschäftsführung während der verflochtenen ausnahmeweise langen Zeitspanne seit der letzten Generalversammlung in besserer Zeit ihre Anerkennung und Zustimmung ausspricht. Es wurde dabei stets im Auge behalten, daß wir gegenwärtig in Zeitenverhältnissen leben, die mehr als je von einem Idealaufstand entfernt sind. Viele frohdem zufolge getretene Übereinstimmung mit den jeweiligen Maßnahmen des Verbandsvorstandes beweist um so deutlicher die hohe Bedeutung des allbewährten Zusammengehörigkeitsgefühls der Buchdrucker. Die Erfüllung der tariflichen Lage und die durch den zweiten Punkt der Tagesordnung gegebene Erörterung der besten Wege zu einer Erleichterung der wirtschaftlichen Notlage brachte die ebenso einmütige Willensäußerung zum Ausdruck, daß alles getan werden soll, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen durch die Kraft und den Einfluß der Organisation möglich ist. In gleicher Weise fand die Ausprache über verträgliche Bindung der Organisation gegenüber dem Tarifkontrahenten in der Richtung ungeteilte Zustimmung, daß solche niemals unter Preisgabe der gewerkschaftlichen Selbstständigkeit des Verbandes erfolgen können. Es wurde unabweisend zum Ausdruck gebracht, daß besonders irgenwelche staatsbürgerliche Rechte der Mitglieder der Organisation dadurch nicht beschnitten werden dürfen. Damit sei aber nicht gesagt, daß die Generalversammlung eigenmächtiges Verfahren kleiner Gruppen im Gegenfalle zu den maßgebenden Verbandsinstanzen anerkenne. Es soll nur die Entscheidungsfreiheit in jeder Richtung für die Organisation gewahrt bleiben. In der Frage der Übergangswirtschaft stellte sich die Generalversammlung ebenso einmütig auf den Boden der vom Verbandsvorstande vorgelegenen Richtlinien. Das Verhältnis zur Generalkommission der Gewerkschaften wurde widerspruchlos als ein solches anerkannt, das auch in Zukunft erhalten werden soll, und mit der Tätigkeit der Generalkommission erklärte sich die Tagung im allgemeinen völlig einverstanden. In den Fragen des internationalen Buchdruckersekretariats stimmte die Generalversammlung den Vorlagen des Vorstandes wie des Kollegen Klein ohne Beanstandung zu. Es kommt dadurch zum Ausdruck, daß die deutschen Buchdrucker, ja überhaupt alle Buchdrucker germanischer Sprache den Gedanken der internationalen Solidarität unerschütterlich hochzuhalten gewillt sind. Irgendwelche Schlußfolgerungen aus den gegenwärtigen Unfreundlichkeiten oder Mißverständnissen innerhalb ausländischer Organisationen werden nicht gezogen. Das Verhältnis der Kollegenschaft zum Verbandsorgan, dem „Korr.“, wurde erfreulicherweise aufs neue als befriedigend bezeichnet. Es ist dabei in objektiver Weise gewürdigt worden, daß die Tätigkeit der „Korr.“-Redaktion vor aller Öffentlichkeit dreimal wöchentlich viel dauernder der Kritik ausgesetzt ist, als irgendeine andre schriftliche oder mündliche Veröffentlichung von Arbeiterinteressen und daher auch besondere Anerkennung verdient. Der Antrag auf Einführung des Obligatoriums des Verbandsorgans fand Ablehnung; einige Änderungen bezüglich Spaltenszahl und Inseratenpreis (Vergütung in der Beilage)

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 63 — Leipzig, den 4. Juni 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

(Vorsetzung aus dem Hauptblatte.)

Einmündige Annahme. Die Anträge auf Änderungen im Unterkümmerswesen wurden nach reichlich erwogenen Gründen nach den Vorschlägen der besonderen Kommission erledigt und dadurch die Möglichkeit gewahrt, berechtigten Bedürfnissen Rechnung zu tragen und den Verband trotzdem in aller Widerstandskraft zu erhalten. Sichtlichlich der Befehung der Vorstandsmänner wurde zum Ausdruck gebracht, daß mit der Führung der Geschäfte Männer und Kollegen beauftragt werden sollen, deren Befähigung unbestritten ist. Die hierfür gefundene Lösung dient zweifellos nur den Interessen der Organisation. Und in diesem Sinne werden die beiden Vorstehenden in freier Kameradschaft bemüht sein, der Organisation das zu sein, was durch die Wahl unabweislich als Wunsch und Wille der Generalversammlung ausgesprochen wurde. Das gleiche gilt auch für Gisser und Glaser. Eine besonders hohe Freude erfüllte den Redner aber darüber, daß auf der diesmaligen Verhandlung das in früheren Jahren so oft vorhandene Prinzip des Majoritätens vermieden worden ist. Einmündig und geschlossen wurde über die wichtigsten Fragen entschieden. Und trotzdem der Selten Lauf es bedingte, daß so viel von der unheilvolleren Zukunft gesprochen werden mußte, so beweist doch der Umstand der geradezu erhebenden Übereinstimmung in fast allen Fragen, daß jeder von uns es begriffen hat, daß wir auf Gebieten und Vererb in jeder Situation zusammengehören und aufeinander angewiesen sind. Schuler an Schuler wollen wir in diesem Geiste auch in Zukunft zusammenarbeiten, möge kommen, was da wolle! (Lebhafter Beifall.)

Voracek drückt seine Befriedigung aus über den Verlauf dieser Generalversammlung, äußert seine Genugtuung über das Zusammenarbeiten des deutschen und des österreichischen Verbandes, bedauert jedoch die Faltung der Buchdruckerorganisationen in den jetzt uns feindlichen Ländern. Was hat aber der Krieg mit unsern Interessen zu tun? Er wünscht, daß die internationalen Beziehungen nach Kriegsschluss sich bald wieder festigen. Die Würzburger Generalversammlung hat gute Arbeit verrichtet, und den Würzburger Kollegen gebührt großer Dank für die sehr gute Aufnahme.

Graham freut sich über diese Ausführungen und im Besonderen die Anerkennung an die Würzburger Mitgliedschaft. Die letztere Hervorhebung ist durchaus zu unterstreichen. Was die Würzburger-Kollegen uns geistig wie leiblich geboten haben, wie sie an allem teilhaben, das verdient höchstes Lob. Kollege Semmerich hat Anspruch auf besondere Anerkennung für die gute Vorarbeit und das ausgezeichnete Gelingen der Generalversammlungswoche. Ein ungewöhnlicher Vorgang zwar, aber notwendig ist es, auch dem Wirte des schönen Tagungslokals unsern Dank für die Sorge um das leibliche Wohl der Generalversammlungsteilnehmer auszusprechen und dies auch auf den Würzburger Magistrat auszusprechen.

Semmerich dankt für die vielen Anerkennungen. Die Mitgliedschaft Würzburg wird auch in normalen Zeiten eine Generalversammlung gern in ihren Mauern sehen, um noch mehr bieten zu können. Er wünscht dann den Delegierten eine glückliche Heimreise.

Mastin spricht der Leistung der Verhandlungen für die Bewältigung der reichhaltigen Tagesordnung, ebenso den Kommissionen für ihre viele und schwierige Arbeit Anerkennung aus. Diese gebührt besonders noch dem Kollegen Semmerich, der Seele alles Gebotenen. Dem Würzburger Kollegengefangenen spricht er hohes Lob für seine prächtigen Leistungen und die volle Hingabe aus, den Generalversammlungsteilnehmern die freien Stunden zu verschönern. Es fällt schwer, von Würzburg zu scheiden! Das Gelagte, Gehörte und Beschlossene muß nun hinausgetragen werden in die Herzen der Kollegen. Der Verband ist von neuem zu einem festen Fundamente zusammengefaßt, wir können getroist in die Zukunft blicken.

Schaeffer sagt, daß er nun wieder fort und wieder das Nos mit so vielen Feldgrauen aus unsern Reihen teilen muß. Hochgepannt haben sie alle nach Würzburg geblickt und auf gute Arbeit gehofft. Nun können sie befreit sein. Ihre Feldgrauen werden die Würzburger Beschlüsse hochwerten! Hoffentlich können sie bald — im Frieden — mit der Gesamtkollegenchaft wieder vereint sein.

Seib führt seine anfänglichen Bedenken an, in Würzburg die Generalversammlung abzuhalten. Die Zeit ist schwer und seit dem Herbst v. S. hat sich vieles noch zum Schlechteren verändert. Kollege Semmerich habe aber für die Würzburger Kollegenschaft gleich zugelangt. Er läßt sich nun befreit, alles habe vollste Zufriedenheit ausgesprochen. Binnen kurzer Zeit werden wir mit der Privatität zusammenzutreten. Es werden noch erste Tage kommen. So ist denn eifrige Mitarbeit und gutes Zusammengehen im Vorhande, wie mit allen Verbandsfunktionären mehr denn je erforderlich. Seit 1889 ließe er im Organisationsleben, seit 1893 sei er Gauvorsitzer, und habe ab 1895 an allen Generaloberammlungen und Konferenzen teilgenommen. Er wird seine ganze Kraft einbringen, rechte aber auf allseitige Unterstützung, wie sie überall zuteil geworden und dankt nochmals für seine Wahl. Graham bemerkt zu Schaeffers Ausführungen, daß die von den Feldgrauen gekommenen Begründungen nicht

nur äußerst zahlreich sind, sondern geradezu überquellen von Hoffnungen und Erwartungen. Es muß mit größter Genugtuung gesagt werden: Unsere Feldgrauen sind in engstem Zusammenhange mit uns gebunden! Aberall, selbst in Gefangenlagern regt sich aber auch der Fortbildungsdrang. Den Typographischen Gesellschaften gebührt Dank, daß sie diese Bestrebungen unter ungewöhnlichen Verhältnissen mit Unterrichtsmaterial fördern. Der Materialismus hat also bei uns nicht die Oberhand gewonnen, der ideale Zug ist groß, und das eröffnet gute Aussichten. Die wirklich bedeutungsvolle Würzburger Tagung kann nicht würdiger abgeschlossen werden als durch den von Herzen kommenden Ruf: Unsere alte, teure Organisation, sie lebe hoch! (Die Teilnehmer stimmen begeistert ein.)

Damit ist gegen 1 Uhr mittags die neunte (außerordentliche) Generalversammlung geschlossen.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Regensburg. Am 23. Juni begeht die hiesige Mitgliedschaft die Feier ihres fünfzigjährigen Bestehens. Begründet im Juni 1868 mit einer Mitgliederzahl von 68 Kollegen, erreichte die Mitgliedschaft ihren Höchstbestand im Jahre 1912 mit 220, zur Zeit zählt sie noch 92 Mitglieder. Aber 100 Kollegen stehen im Kriegsdienste. Davon sind bereits 13 gefallen. Der Tag des Jubiläums wird durch einfachen Akt gefeiert und dabei die Kollegen, die ihre 25jährige Zugehörigkeit als Verbandsmitglieder erreichen, mit einer kleinen Ehrung bedacht. Möge der Mitgliedschaft durch festes Zusammenhalten auch nach dem Krieg ein stetes Wüben und Gedeihen beschieden sein!

Würzburg. In einer von Delegierten und hiesigen Mitgliedern sehr gut besuchten Versammlung behandelte am 29. Mai Kollege Fülle (Berlin) das Thema „Mittel und Wege zur sachlichen Fortbildung“. Im ersten Teile sprach der Redner die Bildungsarbeit in den typographischen Vereinen und Sparten, während der zweite Teil der Bedeutung der Fachpresse für diese Aufgabe gewidmet war, wobei die angustrebende Verknüpfung der Spartenblätter mit den „Typographischen Mitteilungen“ die Hauptrolle spielte. Mit großem Nachdruck betonte der Redner, daß man sich helfen müsse! Sachliche Bildungsarbeiten allgemeiner Art von einem engherzigen Standpunkt aus zu betrachten. Es müssen vielmehr alle Berufsgruppen zur Mitarbeit herangezogen werden, damit selbst die Kollegen in kleineren Städten ihren Nutzen davon haben. Den Sparten werde gar nicht zugemutet, irgend ein Recht oder gar einen Vorbehalt aufzugeben. Im Gegenteil solle beispielsweise bei der Zusammenlegung der Berufsfortbildung und Verschmelzung der einzelnen Blätter das Verständnis für die Bedürfnisse, für die Berufsreuten und -leiden der einzelnen Sparte der Gesamtkollegenchaft vermittelt werden, was in vielen Fällen auch zum Nutzen der betreffenden Spartenangehörigen geschieht. Die Verschmelzung eile übrigens nicht, man habe Zeit zum Überlegen und zur Vorbereitung des Werdenden. Zweifellos liege die Zentralisierung der sachlichen Bildungsarbeit im Gesamtinteresse der Buchdrucker, was die bis jetzt vorliegenden Zustimmungserklärungen aus Frankfurt a. M., Hamburg, Köln a. Rh., Würzburg usw. am besten beweisen. Die Entwicklung werde zum Ziele führen und über Eigennützigkeit und Kleinlichkeit hinwegzuführen. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft ausgeführte, in der neben den Kollegen Schraber (Frankfurt a. M.) und Ziemke (Leipzig) besonders Maschmeyer- und Druckerkollegen (Braun und Wilke aus Berlin sowie Lohmann aus Leipzig) ihre Auffassung über die Möglichkeit einer Verschmelzung äußerten. In einem kurzen Schlussworte stellte der Referent fest, daß der Zweck der Veranstaltung erreicht sei: die Kollegenschaft auf die Wichtigkeit der sachlichen Fortbildung hinzuweisen und geeignete Mittel und Wege dazu zu zeigen.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Fris Wehrstedt (Blankenburg) als neunundsechzigstes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Ernst Fräcker (Berlin), Wilhelm Brosch (Hohenaltdorf), P. Harm (Ludwigsburg), Johann Häfner und Franz Schön (Weißel). 5731 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Nachahmendes Beispiel. In Duisburg bewilligte die Buchdrucker Giarbet & Co. ihren Geschäftsangehörigen wiederum eine besondere Teuerungszulage je nach Dauer der Geschäftszugehörigkeit und Kinderzahl.

Meisterprüfung. Vor der Prüfungskommission in Stralsund befand der Buchdrucker Wilhelm Aufschowski in Greifensee die Meisterprüfung.

Die Gesundheitsverhältnisse der Buchdrucker. Unsere Besichtigung der Gesundheitsverhältnisse der Buchdrucker in Nr. 60 verdient noch eine Ergänzung insofern, als z. B. in Berlin im vorigen Jahre über 46 Proz. auf Lungenerkrankheiten zurückzuführen sind. Diese Tatsache kann sicher als sehr ernstes Beweismittel dafür dienen, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse in unserm Gewerbe äußerst ungünstig und gesundheitsgefährlich sind. Die unerhörte Teuerung aller Lebensmittel drängen die meisten Kollegen zu einer höchst bedenkliehen Überanstrengung der Arbeitskraft durch Überstunden oder Nebenarbeit, da leider die Lohnverhältnisse im Buchdruckgewerbe weit hinter dem zurückgeblieben sind, was man auch nur einigermaßen als auskömmlich bezeichnen könnte.

Zuckerüberschuß und dennoch Zuckermangel! (Berichtigung.) Unsere Notiz in Nr. 60, wonach im letzten Frühjahr in Deutschland so viel Zucker vorhanden gewesen sei, daß der deutsche Markt dafür nicht ganz aufnahmefähig gewesen wäre, und infolgedessen ein bedeutender Teil aus Ausland hätte abgegeben werden müssen, beruht nach Mitteilungen des Kriegsernährungsamts in Berlin auf einem Irrtum. Es handelt sich nämlich nicht um das letzte Frühjahr, sondern um das letzte Friedensjahr. Der Fehler wird auf ungenaue Berichterstattung über den Vorkauf des Dr. Bovenstein zurückgeführt. Das mag einleuchten, und die Zuckerfrage erhält dadurch auch ein einigermaßen verständliches Aussehen. Nur ist nicht recht zu verstehen, wie es möglich ist, daß der betreffende Referent die Marmeladenfabriken in so nahem Zusammenhang mit der Friedenszeit bringt, da diese doch erst in der Kriegszeit einen so außerordentlichen Umfang angenommen haben. Oder sollte sich auch da der Berichterstatter getrrt haben?

Reform der Invalidenversicherung. Die „Soziale Praxis“ teilt mit, daß im Reichswirtschaftsamte gegenwärtig eine Vorlage vorbereitet wird, die die in der Invalidenversicherung gewährten Rentenzuschüsse von 8 Mk. im Monat organisch in die Invalidenversicherung einarbeiten soll. So gering dieser Rentenzuschuß an sich ist, stellt er doch eine etwa 5prozentige Erhöhung der durchschnittlichen Reichsinvalidenrente dar. Bei der Neuordnung soll die jetzige mechanische Zuschußleistung, die nur gewährt werden mußte, um die Zuschüsse möglichst rasch auszuschleppen zu können, natürlich wieder verlassen werden. Da aber keine Aussicht darauf besteht, daß die Lebenskosten in absehbarer Zeit auf den früheren Stand zurückzuführen, kann man auf diese Zuschüsse nicht mehr verzichten und muß sie daher organisch in die Invalidenversicherung einarbeiten. Das erfordert eine jährliche Ausgabe von 100 Mill. Mk., die durch eine Erhöhung der Beiträge wieder eingekragt werden müssen. Diese Erhöhung soll so bemessen werden, daß die Invalidenversicherungsanfalten auch ihre Arbeit für Krankheitsverhütung und Wiederherstellung der Volksgesundheit fortsetzen können.

Teuerung und Steuerermäßigung. Das preussische Oberverwaltungsgericht hat über die Einwirkung der allgemeinen Kriegsteuerung auf eine Ermäßigung der Einkommensteuer eine Entscheidung von grundsätzlicher Bedeutung gefällt. Danach kann die Teuerung, die durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufen worden ist, bei der Entscheidung über die Ermäßigung der Steuer nach § 20 des preussischen Einkommensteuergesetzes insofern in Betracht kommen, als die im Gele ausgeführten Belastungsmomente in Zeiten der Teuerung die steuerliche Leistungsfähigkeit stärker beeinträchtigen können als zu anderer Zeit. In einem Falle hatte eine Einkommensteuer-Berufungskommission den Antrag eines Steuerpflichtigen, ihm weitergehende Ermäßigungen auszubilligen, abgelehnt mit der Begründung, daß die allgemeine Teuerung, unter der der große Mehrzahl aller Steuerpflichtigen gegenwärtig zu leiden habe, als Grund für eine Ermäßigung des Steuerbetrags nach § 20 des Einkommensteuergesetzes auscheiden müsse. Dies hat der 5. Senat des Oberverwaltungsgerichts als irrig Rechtsauffassung bezeichnet. Die Teuerung könne jetzt sehr wohl die steuerliche Leistungsfähigkeit stärker beeinträchtigen als zu anderen Zeiten.

Briefkasten.

D. M. in A.: Beide Zusendungen in M. erhalten. Die nach weitere Einschränkung des Umfangs, wie angelehnt, wird die guten Absichten aber wohl verstehen. Am besten ist. Sie kommen Ende der Woche einmal auf die Redaktion. — H. A. in Königsberg: 2,45 Mk. — P. F. in Akg.: 2,80 Mk. — G. A. in Akg.: 2,45 Mk. — M. 100: 1,95 Mk. — F. M. in Akg.: 2,30 Mk. — F. S. in Saarbrücken: 5,15 Mk. — M. G. in Saarbrücken: 3,50 Mk. — A. S. in Saalfeld: 2,30 Mk. — G. B. in Pirna: 2,80 Mk.

□ □ □ □ Verbandsnachrichten □ □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammisplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Eichel. Der Seher Walter Fähe aus Berlin, welcher sich daselbst in Kondition befindet, wird gebeten, seine sechs Reste umgebend an M. Pefermann, Könnigsstraße 16, einzuliefern, damit sein Buch überlesen werden kann.

Veranstaltungskalender.

Mischerleben - Halberstadt - Quedlinburg. Gemeinliche Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juni, vormittags 11 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Halberstadt.
Gömmig. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 1 Uhr, im Volkshaus „Koloßium“, Zwackauer Straße 152.

Kaffe. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. Juni, vormittags 11¹/₂ Uhr, im „Riebeckstr.“, Groß-Berlin.
Siechberg i. Schl. Bezirksversammlung Sonntag, den 16. Juni, vormittags 10 Uhr, im „Goldenen Schwert“ in Siechberg, Am Markt.
Leipzig. Maschinistenversammlung Sonntag, den 9. Juni, vormittags pünktlich 10¹/₂ Uhr, im „Volkshaus“ (Café links), Zeitzer Straße 32.

Steglich. Bezirksversammlung Freitag, den 7. Juni, abends 8 Uhr, im „Rohrerhof“, Neue Hauptstraße.
Mühlberg. Bezirksversammlung Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 1 Uhr, im „Freilassinger Hof“.
Naumburg a. d. S. Bezirksversammlung Mittwoch, den 5. Juni, abends 8¹/₂ Uhr, in der „Post“.
Ulm-Neuulm. Bezirksversammlung Sonntagabend, den 8. Juni, abends pünktlich 8 Uhr, im „Bayerischen Hof“ in Neuulm.

Schiffseher [748]

(auch Kriegsbesch.), die im Allgemeinen geübt sind, sucht Gerolds Verlag, Böhmisch, Zähr. Wald.

Lüchtige Seher [82]

für Werk- und Katalogarbeiten gesucht. Wegner & Wittig, Leipzig, Sobte Straße 1.

Mehrere lüchtige Handseher [148]

für Ankerate und Werk sofort gesucht. Oskar Reiner, Leipzig, Königstraße 26 B.

Noch einige Seher

für wissenschaftliche Fachschriften werden gesucht. August Bensch, Köthen (Anhalt).

Anzeigenseher und Seherstereotypen

ge sucht. Angebote mit Lohnforderung und Angabe der Militärverhältnisse an die „Sehervereins Nachrichten“, Zeitz.

Seher [142]

der sich noch im Sehen erhaltlicher Altkidzen ausbilden kann. Offerten an Julius Mäjer, Leipzig-Z., Gensefelderstr. 13/17.

Schiffseher und Maschinemeister

für unsere neuzeitlich eingerichtete Formularendruckerei. Angebote, auch von Kriegsverletzten, unter Angabe der Lohnansprüche erbelen an H. C. für Formularendruck, Wünschendorf b. Cera (Reuth).

Typographseher

an Universal- und B-Maschine sofort gesucht. C. S. Meißner & Söhne, Gera. [121]

Monotypseher und Seher

werden gesucht. Buchdruckerei Ed. Haag, Düsseldorf. [108]

Maschinenmeister

lüchtiger Altkidzen, findet dauernde Stellung. Döbler & Recheider, Düsseldorf 21. [139]

Maschinenmeister

für Altkidzen und Plattendruck suchen. F. Reissenand, G. m. b. H., Crefeld. [30]

Maschinenmeister

für Werk- und Plattendruck in Dauerstellung für meinen lebhaften miltären Betrieb gesucht. Eintritt nach Vereinbarung. F. C. Saag, Buch- und Kunstdruckerei, Welle, Prov. Hann. [64]

Maschinenmeister

vertraut mit König & Bauer Doppelmaschine, Schnellpressen und Siegel, der auch lithographieren kann und an Decker Gasmotor Bescheid weiß, gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnansprüchen an „Zweibrücker Zeitung“, Zweibrücken. [119]

Maschinenmeister

suchen Urban & No., Leipzig, Querstraße 6. [87]

Maschinenmeister

Mehrere [137]

Maschinenmeister

erfahren in bestem Werkdruck, in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Mitteilungen über bisherige Tätigkeit, Alter und Lohnansprüche an Mäntche & Sohn, Andoltshaf. [119]

Maschinenmeister

sucht Aug. Pries, Leipzig, Brüderstr. 59. [67]

Buchdruckmaschinenmeister

sucht Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [72]

Rotationsmaschinenmeister

für sofort oder später an achtfelhige Frankenthaler Maschine in dauernde Stellung gesucht. „Ober-sächsisches Zeitung“, G. m. b. H., Beuthen (O.-Schl.). [991]

Altkidzen- und Zeitungsstereotypen

sucht die Buchdruckerei Rudolfi Woffe, Berlin SW 19, Jerusalemmer Straße 46/49. [117]

Seherstereotypen

wichtig und zuverlässig, gesucht. Buchdruckerei Ed. Haag, Düsseldorf. [107]

Lüchtiger Präger

für möglichst sofort gesucht. Berliner Galvanoplastische Anstalt, G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. [109]

Galvanoplastiker

(auch Stereotypen) für sofort oder baldigst gesucht. Beste Angebote mit üblichen Angaben und Lohnansprüchen erbittet [144]

Schiffseher [12]

für unsere Saugseherlei gesucht. Bierersche Hofbuchdruckerei, Alsenburg (S.-M.).

Monotypseher

mebrt. Praxis, im glatten Satz am C-Zaster nicht unterfahren, sucht Stellung. Bayern bevorzugt. Best. Angebote an [138]

Lüchtiger Altkidzenseher

in allen Scharten durchaus erfahren, 42 Jahre, verheiratet, militärisch, sucht möglichst sofort dauernde Stellung. Langjährige Zeugnisse. Schließen oder Laufis bevorzugt. Best. Angebote an Richard Wenzel, Gersdorf 145 (Bezirk Gömmig). [147]

Gutgehende Druckerei Thüringens

sucht lüchtigen Drucker als Mitinhaber mit kleiner Kapitaleinlage, eventuell auch ohne solcher. Der Inhaber des Geschäfts ist B.-M. und hat während des Krieges sein einziges Kind verloren. Freilichen, umlichtigen, geschäftlich verlässlichen Charakter ist Gelegenheit gegeben, sich eine sichere Zukunft zu erringen. Angebote an [147]

Bereinsbuchdruckerei zu Hannover

eingetr. Genossenschaft mit beschränkter Haftung Bilanz 1917

Kassa: Kassenkonto 6402,04 M., Hauskonto 185 500 M., Inventarkonto 27 426 M., Debitorenkonto 9774,38 M., Betriebsmaterialkonto 2855,10 M., Lagerkonto 10670,46 M. = 242 627,98 M.

Passiva: Hauskonto 137 000 M., Kapitalkonto 82 357,08 M., Unterhaltungs-fonds 5002,50 M., Referenz-fonds 11 360 M., Hilfs- und Sausreferenz-fonds 2671,20 M. Gewinn 4237,20 M. = 242 627,98 M.

Kapital: 59 900 M. Abgang 1400 M. Mitgliederzahl: 144.

Hannover, den 27. Februar 1918.

Der Vorstand: A. Rosenbruch. Georg Nolte.

Kriegsdrucksachen!

Seltene Kriegs- und Schlachtengedächtnisse, Festlegungen und Programme für militärische Veranstaltungen, Zeitungen aus Kriegsgefangenenlagern, Fliegerabwürfe und sonstige Kriegsdrucksachen werden zu hohen Preisen angekauft. [62]

Ingenieur Fr. Mönkemüller, Bonn.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Auskünfte durch die Kunstgewerbeschule **Barmen.**

Die Verbandsausstellung

in Albumform, zehn Einheitsblätter, 24 Post. Das **Verbandsmonument** mehrfarbig

von der Intern. Buchgewerbeausstellung Leipzig 1914. Karte 2 Stück 15 Pfg., Album 35 Pfg. portofrei durch Georg Lübbig, Leipzig, Salomonstraße 8.

Beitenmaß mit sämtlichen Einstellungen 20 Pf.

G. Fritz, Mainz, Mainstraße 30.

Übermals entriß uns der Weltkrieg einen lieben Kollegen.

Es fiel der Drucker [123]

Wilhelm Pepper

aus Dülmen. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Der Ortsverein Dülmen. Der Bezirksverein Münster i. W.

Übermals haben wir zwei Verluste in diesem Weltkrieg zu beklagen.

Mit den Schlachtfeldern ruhen ihr junges Leben lassen die Seherkollegen [132]

Lorenz Deiß Joseph Zöller

Auch diesen Kollegen bewahren dauernd ein ehrendes Andenken Die Mitgliedschaft Augsburg. Der Graphische Klub Augsburg.

Übermals hat der Krieg einen lieben Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 30. April fiel auf dem Felde der Ehre der Seher [126]

Wilhelm Engelke

aus Schwerin i. Meckl., zuletzt in Dömitz in Konfdion. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Dömitz. Bezirksverein Südwest-Mecklenburg.

Übermals haben wir einen lieben Kollegen, des Maschinemeisters

zu beklagen. [125]

Oswald Leonhardt

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Die Verbandskollegen der Firma Hamm & Seemann in Leipzig.

Übermals hat der Krieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 30. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher [145]

Jakob Herzog

aus Landau (Pfalz), im Alter von 40 Jahren. Wir werden diesem treuen, aufrichtigen Kollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Pirmasens. Bezirksverein Pirmasens.

Übermals hat der Krieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 30. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher [143]

Adolf Schwarz

aus Witten, im 58. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Übermals hat der Krieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 19. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege und langjähriger Ortskassierer, der Seherinvalide [126]

Franz Jähnerl

im 40. Lebensjahre. Sein allseitig hilsfertiges, beschedenes, kollegiales Wesen liefert ihm bei uns ein dauerndes, ehrendes Gedenken. Ortsverein Greiz.

Wir erhielten die traurige Nachricht, daß wieder ein lieber Kollege im Böhmeringen fiel.

Auf dem wehlichen Kriegsschauplatz erlitten den Heldentod der Maschinemeister [135]

Fritz Winter

Inhaber des Erkennen Kreuzes. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Ortsverein Saalfeld a. d. S.

Wiederum beklagen wir durch den Weltkrieg den Verlust eines lieben Kollegen, des Maschinemeisters

[132]

Alfred Möbius

aus Leipzig-Volkmarisdorf. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm Die Kollegen der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Das Böhmeringen hat unrer Sparte wieder ein Mitglied entrisen.

An den Folgen seiner Verwundung verstarb am 30. April in einem Lazarett der Stereotypen [127]

Ernst Bödder

Sein aufrichtiger, kollegialer Charakter liefert ihm ein dauerndes Andenken. Der Stereotypenklub Oppenheim (Sitz Königsberg).

Am 30. April verstarb an den Folgen einer schweren Verwundung in einem Lazarett wiederum ein junger Kollege, der Stereotypen

[128]

Ernst Bödder

aus Königsberg i. Pr. Er war ein lieber Mensch und ein braver, stets gefälliger Kollege. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Königsberg i. Pr.

Am 8. Mai verstarb in einem Lazarett an den Folgen eines am 1. April d. J. erhaltenen Brustschusses unser lieber Kollege, der Seher

[130]

Robert Buxtorff

Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahren Der Ortsverein Aitel.

Wieder hat der Weltkrieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 8. Mai verstarb in einem Lazarett an den Folgen eines am 1. April erhaltenen Brustschusses der Seher [129]

Robert Buxtorff

Auch diesem braven Kollegen werden wir ein treues Andenken bewahren. Das Personal der Buchdruckerei Schmidt & Klauig, Aitel.

Übermals haben wir den Verlust eines lieben Kollegen, des Maschinemeisters

zu beklagen. [125]

Oswald Leonhardt

Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren. Die Verbandskollegen der Firma Hamm & Seemann in Leipzig.

Übermals hat der Krieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 30. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher [145]

Jakob Herzog

aus Landau (Pfalz), im Alter von 40 Jahren. Wir werden diesem treuen, aufrichtigen Kollegen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Ortsverein Pirmasens. Bezirksverein Pirmasens.

Übermals hat der Krieg einen Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 30. Mai verstarb unser lieber Kollege, der Seher [143]

Adolf Schwarz

aus Witten, im 58. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Buchdruckerverein in Hamburg-Altona.

Übermals hat der Krieg einen lieben Kollegen aus unserer Mitte gerissen.

Am 19. Mai verstarb nach längerer Krankheit unser lieber Kollege und langjähriger Ortskassierer, der Seherinvalide [126]

Franz Jähnerl

im 40. Lebensjahre. Sein allseitig hilsfertiges, beschedenes, kollegiales Wesen liefert ihm bei uns ein dauerndes, ehrendes Gedenken. Ortsverein Greiz.